

Rede des umweltpolitischen Sprechers

Rainer Deppe

am 28. Februar 2013

Plenum, TOP 7: Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes

**Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drucksache 16/2097)**

1. Lesung

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Bei dem Thema „Weihnachtsbaumanbau“ haben wir es mit einem klassischen Zielkonflikt zu tun.

Der Weihnachtsbaum gehört für die allermeisten Menschen seit jeher ganz selbstverständlich zum Weihnachtsfest. Das ist gut so und wir von der CDU wollen, dass das auch so bleibt.

In den gut 350 nordrhein-westfälischen Forst- und Gartenbaubetrieben, die Weihnachtsbäume im Haupterwerb anbauen – im Übrigen alles mittelständische Familienbetriebe – werden qualitativ hochwertige Weihnachtsbäume gezogen.

Das heißt, ein qualitativ hochwertiges Naturprodukt, sozusagen direkt und frisch vor unserer Haustür. Das soll so sein und das ist allemal besser, als sie über Hunderte Kilometer beispielsweise aus Dänemark zu uns zu transportieren.

Knapp 9 Mio. Weihnachtsbäume stehen in nordrhein-westfälischen Wohnungen, Büros und Geschäften. 7 Mio. werden davon in Nordrhein-Westfalen erzeugt. Das Sauerland ist das wichtigste Anbaugebiet in Deutschland. Kurze Wege, hohe Wertschöpfung in der Region. Das ist die volkswirtschaftliche Seite des Weihnachtsbaumanbaus, von der die gesamte Region profitiert.

Ein Viertel unserer Landesfläche ist Wald und das soll ebenfalls so bleiben. Weihnachtsbaumkulturen entsprechen nicht von vornherein dem, was wir mit dem Begriff des Waldes verbinden.

Dazu gehören:

- langfristige, über Jahrzehnte wachsende Holzbestände,
- unterschiedliche Waldbilder durch verschiedene, standortangepasste Baumarten und Baumaltersklassen,
- nachhaltige Holzproduktion,
- Lebensraum für eine artenreiche Pflanzenwelt und für Wild,



Es gilt das gesprochene Wort!

- Schutz des Grundwassers,
- begehbarer Erholungsraum für die Menschen.

Diesen Wald wollen wir erhalten.

Die verfügbare Landwirtschaftsfläche ist begrenzt und nicht vermehrbar. Schon heute beklagen viele Landwirte, dass Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen immer weiter steigen.

Im Weihnachtsbaumanbau sind hohe Deckungsbeiträge zu erzielen - daher würde eine weitere Verlagerung auf landwirtschaftliche Flächen den Konkurrenzkampf um die knappe Fläche weiter erhöhen. Damit würden die Pachtpreise noch weiter steigen. Insbesondere extensive Bewirtschaftungsformen können diese Kosten nicht mehr decken.

Wir haben es also mit einem klassischen Konflikt zwischen 4 an sich sinnvollen Zielen zu tun. Aufgabe des Gesetzgebers wäre es:

- diesen Zielkonflikt zu lösen,
- einen Ausgleich herbeizuführen und vor allem,
- keines der Ziele einseitig zu benachteiligen.

Im Vergleich zum Gesetzentwurf aus der 15. Wahlperiode stellen wir fest, dass offenbar ein erster Erkenntnisfortschritt eingetreten ist. Vor diesem Hintergrund haben die Debatten des Jahres 2012 und die massiven Proteste zumindest eine kleine Wirkung gehabt. Sie erkennen jetzt hoffentlich, dass es sinnvoll ist, in Nordrhein-Westfalen Weihnachtsbaumanbau zu betreiben und zwar auch im Wald.

Die Folgen Ihres Gesetzentwurfes sollten wir uns in Ruhe und ganz sachlich noch einmal genau ansehen:

Warum sollen Betriebe, die zum Teil seit Jahrzehnten und im Einklang mit der ansässigen Bevölkerung unbeanstandet Weihnachtsbäume anbauen, plötzlich unter das absolute Anbauverbot des Jahres 2028 fallen?

Wollen Sie diesen alteingesessenen Familienbetrieben wirklich die Existenz nehmen?

Warum setzen Sie die Schmuckreisiggewinnung mit dem Weihnachtsbaumanbau gleich? Hier handelt es sich um Dauerkulturen von 60–80 Jahren, also ganz regulären Wald zur Stammholzgewinnung, der lediglich während eines begrenzten Zeitraums vorgeerntet wird.

Haben Sie wirklich vor, den Einsatz von Erntemaschinen angesichts von 9 Todesopfern bei der Aufarbeitung der Kyrill-Schäden ausschließlich auf die Rückegassen zu beschränken?

Ist die Beschränkung auf 2 ha je Bewirtschafter tatsächlich sachgerecht?

Wollen Sie wirklich, dass Weihnachtsbaumanbau nur noch im Nebenerwerb betrieben werden kann?

Dies sind einige der Fragen, die wir in den Fachberatungen sachlich erörtern sollten. Wir sind dazu bereit und gespannt, ob die Regierungsfractionen am Ende zu einem pragmatischen Weg finden oder auf einer ideologischen Position verharren werden.